



Alex Pfiringer

Monika Kripp
Fachbeirat ASAA

LIEBE LESER:INNEN,

Es wird mehr brauchen, als durch kurzfristige Maßnahmen wie Einmalzahlungen oder Boni, die versteuert werden müssen, Löcher zu stopfen. Eine EU-weite Strategie für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung für alle in der Pflege Tätigen wäre dringend notwendig. Das Lohnplus und die Mehrkosten dürfen nicht zu Lasten der Pflegeempfänger*innen gehen. Der Auf- und Ausbau kleinerer stationärer Einrichtungen und alternativer Wohn- und Betreuungsformen müsste gefördert werden. Prävention und Gesundheitsförderung müsste im Kindergarten beginnen, die wiederum mehr Personal dafür brauchen. Die soziale Seite von demenziellen Erkrankungen bedarf innovativer und mutiger Ansätze. Trotz technikbasierter Unterstützung sind und bleiben für Menschen mit kognitiven Einschränkungen vor allem andere Menschen die wichtigste Ressource für Teilhabe und Lebensqualität.

Es braucht einen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Kraftakt um für die ständig wachsende Zahl von Menschen, die mit Demenz leben, unter den dargestellten Umständen leistbare Pflege und Teilhabe sicherzustellen.

Es wird nicht reichen für das, was seit Jahren klar ist!

Personalmangel in der Pflege und Betreuung



Der **Pflegenotstand** zeigt sich in seiner ganzen Tragweite besonders im Bereich der demenziellen Erkrankungen. Die Zahl der Erkrankten steigt durch den demografischen Wandel und die Lebensstilfaktoren rasant. In Mitteleuropa werden die meisten Menschen, die mit einer Form der Demenz leben, zuhause von den Angehörigen und Hilfskräften (24h-Betreuung oder „Badanti“) betreut und gepflegt. Die Familien sind auf Pflegegeld, mobile Dienste, Tageszentren und andere Entlastungsformen wie Kurzzeit- und Ersatzpflege aber auch Langzeitpflege, wenn es zuhause nicht mehr geht, angewiesen. Doch gerade hier schränken Ressourcenknappheit durch Personalmangel, Wartezeiten in der

Begutachtung für das Pflegegeld, Inflation und Preissteigerungen und geschlossene Einrichtungen die Entlastungsmöglichkeiten dramatisch ein. Diese prekäre Situation betrifft ambulante Pflege, Akut- und Langzeitpflege.

Dabei ist die Pflege seit der Pandemie mit ihren Hilferufen verstärkt ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung geraten. Was tut die Politik und die Gesellschaft in Zusammenhang mit der wachsenden Zahl an alten und pflegebedürftigen Menschen und dem dramatischen Mangel an Pflegekräften und finanziellen Ressourcen? Welche Strategien und Ansätze gibt es zur Lösung dieser länderweiten und gesellschaftlichen Herausforderungen?

Pflege ist weiblich

Demenz ist weiblich

Armut ist weiblich



90% der professionellen Pflege- und Betreuungskräfte sind weiblich. Frauen leben häufiger mit demenziellen Erkrankungen und sind häufiger von Armut betroffen. 85% der Pflegeleistungen werden in Österreich innerfamiliär erbracht, $\frac{3}{4}$ davon werden von Frauen geleistet. In der EU sind 7,7 Millionen Frauen

auf Grund von Betreuungsaufgaben nicht erwerbstätig. Es sind Frauen, die die Hauptlast der Pflegekrise tragen, mit finanziellen Einbußen, Stress und negativen gesundheitlichen Folgen durch unregelmäßige und nicht planbare Dienstzeiten und nicht eingehaltene Ruhezeiten nach Nachtdiensten. Auch die be-

vorstehende Pensionierungswelle verschärft die Situation. Ein Großteil der Beschäftigten in der Pflege kann sich nicht vorstellen, den Beruf bis zur Pensionierung auszuüben. Bis 2030 werden in der EU 11 Millionen Pflegekräfte benötigt.

Neue Pflegereform in Österreich

In Österreich wurde im Mai 2022 eine Pflegereform verabschiedet, um die Lage für Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte zu verbessern. Für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und zusätzlich schweren Verhaltensstörungen wird der Zugang zu einer Pflegestufe oder in die nächsthöhere Pflegestufe erleichtert. Die Gewährung erfolgt trotz der Diagnose einer demenziellen Erkrankung nicht automatisch. Verschiedene Verbesserungen im Bereich Ersatzpflege, Pflegekarenz,

Angehörigenbonus von €1500 und Unterstützung für Pflegekurse sind ebenfalls enthalten.

Um den Fachkräftemangel in der Pflege zu beheben wird der Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Card für ausländisches Personal erleichtert, um einen rascheren Zugang zum Arbeitsmarkt sicherzustellen.

Die Pflegelehre für Jugendliche ist als Modellversuch gestartet und dauert 3 bzw. 4 Jahre und wird als Pflegefachassistenz bzw. Pflegeassistenz abgeschlossen. Es fehlen Pflegekräfte, die Zeit haben, Lehr-

linge auszubilden. Auch machen die Zahlen der Lehrlinge aus anderen Berufsgruppen, die tatsächlich im jeweiligen Berufsfeld der Lehre tätig sind und tätig bleiben, wenig Hoffnung, den Pflegenotstand damit zu verbessern.

Eine zusätzliche Entlastungswoche für Pflegekräfte in der Akutpflege, Langzeit- und mobilen Pflege ab dem 43. Lebensjahr soll das Verbleiben im Beruf sicherstellen. Ein zu versteuernder Pflegebonus wird Ende 2022 einmalig ausbezahlt.

Auswirkungen des Pflegekräftemangels in Südtirol

Auch in Südtirol wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2035 um 35 Prozent steigen. Ebenso die Zahl fehlender Pflegekräfte. Während der Pandemie wurde klar, welche Auswirkungen der Pflegekräftemangel durch Krankenstände und Impfpflicht und die damit einhergehenden Suspendierungen auf die Versorgung Pflegebedürftiger hatte und hat. Inzwischen sind vor allem Pensionierungen, mangelnde Ausbildungsplätze, Jobausstieg sowie die Bevorzugung der Akutpflege in Bezahlung und Anerkennung im Vergleich zur stationären Langzeitpflege Grund für die andauernde Not vieler Familien. Durch den Personalmangel beträgt die Wartezeit auf die Einstufung oder Wiedereinstufung des Pflegegeldes derzeit mehr als sechs Monate. Die dadurch notwendigen Vorleistungen für bezahlte Hilfen zuhause sind angesichts der Teuerung immer schwerer oder kaum zu erbringen.

MEHRKOSTEN KÖNNEN NICHT GEDECKT WERDEN

Eine Expert*innenarbeitsgruppe zur Sicherung der Pflege wurde durch die Landesregierung eingesetzt. Die Mehrkosten für die Pflege können vom Sozialbudget allein nicht gedeckt werden. Um die Kostenlawine einzugrenzen, könnte das Pflegegeld in Zukunft nur mehr einkommensabhängig erhöht werden und eine Zusatzversicherung für Pflegebedürftigkeit eingeführt werden. Die Zunahme von Senior*innen, die in Singlehaushalten leben und die Abnahme familiärer Pflege kommen als Gründe für die Herausforderungen der Pflegeversorgung in Zukunft hinzu. Denn es wird immer schwerer, im Fall der Pflegebedürftigkeit das nötige Fachpersonal und Hilfskräfte zu finden.

Die Konkurrenz um ausländische



MASSNAHMEN GEGEN DEN PFLEGEKRÄFTEMANGEL

- Einbeziehung aller Berufsgruppen bei der Lösungsfindung
- Echte Wertschätzung durch bessere Löhne in der Altenpflege sowie bessere Arbeitsbedingungen
- Flexiblere und lebensgerechte Arbeitszeitmodelle
- Mehr wohnortnahe Ausbildungsplätze in allen Bereichen, den Mangel an Lehrpersonal sofort beheben
- Drop-out Rate während der Ausbildung senken und Praktika aufwerten
- Imagekampagne für Pflegeberufe
- Pflegeausbildungsprämien für Neueinsteiger*innen bzw. Umsteiger*innen
- Berufseinstieg für ausländische Pflegekräfte erleichtern, Bürokratie abbauen
- Schnellere Anerkennung von Pflegeausbildungen von ausländischen Pflegekräften
- Pflegelehre
- Neue Betreuungs- und Versorgungsstrukturen entwickeln
- Anstellung/Entlohnung für Angehörige wie im Burgenland
- Digitalisierung fördern (Smartwatches, Digitale Pflegeanwendungen, elektronische Krankenakte, Robotik und VR Brillen)
- Modell der persönlichen Vorsorge und zivilgesellschaftliches Engagement: Die Stunden freiwilliger Arbeit mit betreuungsbedürftigen Personen werden für den Fall des eigenen Betreuungsbedarfes auf einem Zeit-Konto gutgeschrieben

Pflegekräfte soll durch Übereinkommen zwischen Tirol, Südtirol und dem Trentino entschärft werden. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit bei den Ausbildungen wird geprüft. Einmalzahlungen und Zulagen wurden 2022 von den

Gewerkschaften im Pflegebereich durchgesetzt. In Nord- und Südtirol wird der Wunsch nach dem Anstellungsmodell für Angehörige im Bereich Pflege laut, da dafür nur die Hälfte der Mittel wie für einen Heimplatz aufzuwenden sind (statt

€60.000 nur €30.000). Die Angehörigen sind sozial- und rentenversichert, erhalten einen Mindestlohn von €1.700 und können nach einer Ausbildung zur Heimhilfe in den Pflegeberuf einsteigen.



Folgen des Pflegekräftemangels in Europa

Verzweifelte Protestaktionen als letzter Ausweg von überlasteten Arbeitnehmer*innen in Gesundheits- und Sozialberufen werden häufiger. Das Einspringen bei Krankenständen und die übermäßige Menge an Überstunden tragen zu Stress und Arbeitsbelastungen im Pflegebereich bei. Die Folge sind Jobaufgabe und gesundheitliche Gefährdung des Pflegepersonals durch Burnout und anderen mit Stress in Zusammenhang stehenden Erkrankungen. Die Pflege in die Abhängigkeit und Unselbstständigkeit nimmt zu, da Pflegekräfte für die Mobilisierung der zu

Pflegenden sowie Zeit für Handlungsanleitungen dafür fehlen.

Es besteht ein qualifizierter Bedarf an Pflegeplätzen, der aufgrund des Personalmangels nicht gedeckt werden kann. Überforderte An- und Zugehörige leiden zunehmend unter psychischen und körperlichen Erkrankungen auf Grund mangelnder Entlastungsangebote. Schließungen von auf kognitive Beeinträchtigungen spezialisierten Versorgungseinrichtungen mit ihrem höheren Personalbedarf haben zur Folge, dass Menschen mit demenziellen Erkrankungen öfter hospitalisiert werden, statt

in Demenz WGs oder Demenz-Stationen bedürfnisorientiert betreut zu werden. Weiters kommt es zu einer Zunahme von Poolediensten und Schwarzarbeit.

Altersarmut betrifft immer mehr Menschen. Die Angst vor mangelnder Zuwendung und schlechter Pflege sowie Einsamkeit wächst in der älteren Bevölkerung.

Gewalt an älteren Menschen mit und ohne kognitive Beeinträchtigungen nehmen durch Ressourcenknappheit, Überforderung sowie Stress zu.

Unsere NEUE Webseite



Tel. 0471 051 951
info@asaa.it
www.alzheimer.bz.it

Schreiben Sie uns Ihre **Fragen** zum Thema oder geben Sie uns ein **Feedback**:
info@asaa.it oder Grüne Nummer 800 660 561